

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abgabe für den Posttransport. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und anderer Auslieferung zu jeder Zeit. Besondere Geschäftsstellen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Nachsendung eingeklagter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Vorliege vorliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Stammzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Besondere und Platzverträge werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Vermitlungsgesellschaften entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 213 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 12. Sept. 1930

## Auffrieb?

Das große Ereignis in Genf ist also vor sich gegangen, Frankreichs Außenminister Briand hat dem Völkerbund seine Meinungen und Ansichten zu dem von ihm angeregten vielbesprochenen Europaplan vorgetragen. Er war dazu gezwungen, nachdem seine anfängliche Idee gescheitert war, den europäischen Bund bereits durch eine einflussreiche Sonderkonferenz bearbeiten zu lassen. England warf sein „Nein“ dazwischen und so mußte der französische Staatsmann selbst das jetzt angewandte Auswärtsmittel vorschlagen, um überhaupt am bewegenden Fieber zu bleiben.

Diese Art der Geschäftsverchiebung hat ihre tiefen liegenden Beweggründe. Unverkennbar schimmerte zwischen den anfänglich den Mächten unterbreiteten Anregungen Frankreichs der Wille durch, die Pläne zu einer gewissen Vereinigung der europäischen Staaten abgetrennt zu behandeln, nicht in das weite dem Völkerbund überwiesene Aufgabengebiet einzugliedern. Fast mit Sicherheit schloß man im Auslande alsbald, daß in Paris Bestrebungen im Gange seien, bei der allgemeinen Weltwirtschaftliche Sicherungen zu finden gegen die weitere Zerstörung des eigenen Industrie- und Kapitalmarktes. Solche Sicherungen können heute aber nicht gefunden werden für den einzelnen Staat, sie können sich nur auswirken im weiteren Kreise. In der Gegenwart sind die Bedrängnisse der Zeit nicht mehr an die Grenzen zwischen Land und Land gebunden, sie gehen mit ungeheurer Schritt über solche Zwirnsfäden hinweg und wandern von Kontinent zu Kontinent. Also einheitliches Zusammenwirken ganz Europas verspräche vielleicht Vinderung für jeden Beteiligten, auch für Frankreich. Dabei ließe sich unter Umständen die Politik ausrichten, denn Frankreich ist in dieser Beziehung einflussreich gefähig. Daß Briand so gedacht hat in seiner hintersten Herzensstimmung, braucht nicht behauptet zu werden, man darf sogar das Gegenteil zu seinen Ruhme ruhig annehmen. Doch die darangelegte Anlegung des Vorgehens war in der französischen Öffentlichkeit deutlich genug zu bemerken. Wäre nun derart verfahren worden, so hätte man gleichsam den Völkerbund alsbald gestiftet, dem die Erreichung größerer Ziele zugewiesen bliebe. Denn dieser Völkerbund soll ja nicht nur die wirtschaftliche Verbindung bringen, er soll der Gesamtheit der Völker die wirkliche Befriedigung der Welt, den Fortschritt der vererblichen Kriege, die Möglichkeit zum ungehinderten kulturellen und zivilisatorischen Aufbau erschließen. — Das ist nur auf beiden Wegen zu erreichen. Wirtschaft und Politik sind so ineinander gewachsen, daß sie nicht mehr getrennt behandelt werden können. Das haben der Weltkrieg und seine bis zum Augenblick anhaltenden verheerenden Folgen zur Genüge gezeigt. Diese Feststellungen dürfen ruhig gemacht werden, ohne sofort schärfere Vermutungen in Betracht zu ziehen, wie etwa diejenige, Frankreich beabsichtige, nach seinen unzweifelhaften politischen Erfolgen diese für die Dauer als eine Art Oberherrschaft in Europa festzuhalten, nebenbei die anderen Staaten zu Mitträgern des Schutzes der französischen Wirtschaft gegen Erschütterungen zu werden. Im britischen Imperium, diesem Sammelbecken gewaltiger wirtschaftlicher Interessen, wurden derartige Erwägungen sicher nicht ganz in das Reich der Phantasie verwiesen. Deshalb der Einspruch, der zu der nun in Genf sichtbar werdenden veränderten Front führte.

Briand verhielt sich in der ihm zugewiesenen Position als feingehäuter Diplomat vorsichtig und zurückhaltend, konnte es auch nicht anders, wollte er dabei nicht allen Boden verlieren. Er mußte gute Miene zum bösen Spiel aufsetzen und tat es mit dem bei ihm gewohnten Anstand. Worte wie: „Solange ich lebe, werde ich keinen neuen Krieg mehr zulassen“ sind so leicht kein anderer, wenn er schon diese Wendung aus aufrichtigem Willen herauszusprechen die Absicht gehabt hätte, was bei Briand persönlich ohne weiteres angenommen werden kann. Ein Minister spricht jedoch in dieser Eigenschaft niemals für seine Person, er bleibt der Herold des politischen Willens der Nation. Und in dieser Beziehung mahnen die letzten Jahre der europäischen Entwicklung zur Behutsamkeit, wobei nicht einmal das unter dem Frieden von Versailles leuchtende Deutsche Reich in den Vordergrund gerückt werden soll, obwohl reichlicher Anlaß dazu vorhanden wäre. Dem Völkerbund wird nunmehr das führende Amt bei der Vorbereitung der Paneuropapläne nicht mehr bestritten. Das ist klar. Daß er den bei der Erfüllung seiner Berufung besser als bisher fühlbaren notwendigen Auftrieb erfahren wird, bleibt zu wünschen.

## Nichtwähler

sind wie Leute in einem brennenden Haus, die sagen: Was geht mich das an!

# Die Pflicht zur Abrüstung

## Europas Vereinigung.

Die Abrüstung.

Im Völkerbund zu Genf ergriff Donnerstag unter allgemeiner Spannung Briand das Wort. Er wies darauf hin, daß er die Tribüne des Völkerbundes als Vertreter Frankreichs und ferner als Beauftragter von 26 europäischen Mächten betreue, in deren Auftrag er dem Völkerbund einige Mitteilungen machen wolle. Briand ging in längeren Ausführungen auf die bisherigen Fortschritte des Ausbaues des Völkerbundes ein und erklärte, die Völker hätten in wachsendem Maße das Vertrauen, daß der Völkerbund das Werk des Friedens fortsetzen werde. Der Krieg sei jetzt, nach dem Abschluß des Kellogg-Pakt, als Verbrechen schlimmer Art erklärt worden. Auf dem Wege der Friedenssicherung seien große Fortschritte festzustellen. Solange er lebe, werde er jedenfalls keinen Krieg mehr zulassen. Jetzt gelte es, die Bestimmungen des Völkerbundes über die Abrüstung durchzuführen.

Briand wandte sich dann der Paneuropastrage zu. Er betonte, daß es heute keine Vereinigung von Völkern, keine Sondervereinbarung gebe, die lebensfähig sei, wenn sie nicht aufs engste dem Völkerbundpakt verbunden sei. Europa leide am schwersten unter den entsetzlichen Folgen des Weltkrieges. Gerade deshalb müßten sich auch die europäischen Völker, die die Sicherung des Friedens wollten, in engerer Fühlungnahme organisatorisch zusammenschließen. Es handele sich hierbei um eine Frage der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. Jedes große Problem stehe anfänglich auf Schwierigkeiten. 26 europäische Staaten hätten jedoch festgestellt, daß sie bereit seien zu gemeinsamer Arbeit.

### Sicherung des Friedens.

Nach einem Überblick über die bisherigen Verhandlungen für die eingehende Untersuchung der Paneuropastrage stellte der Redner fest, es habe seinen Augenblick ein Zweifel darüber bestanden, daß diese Frage vor den Völkerbund gebracht werden müsse. Der Völkerbund sei jedoch eine universelle Organisation für Weltaufgaben, die sich Einzelstaaten nicht widmen könne. Alle Völker seien daran interessiert, daß die europäischen Völker sich zusammenschließen, sich wirtschaftlich und politisch vereinigen und zusammenarbeiten, um die Kriegsschäden zu überwinden. Die europäischen Mächte erwarteten jetzt, daß der Völkerbund ihnen erkläre, Europa sei auf dem rechten Wege, auf dem es weitermarschieren müsse.

## Scharfer Abrüstungs-Vorstoß des englischen Außenministers

Der englische Außenminister Henderson hielt in der Nachmittags-Sitzung der Völkerbundversammlung eine Rede, die sich unerwarteterweise zu einem Vorstoß gegen die bisher noch immer nicht erfolgte Abrüstung der Siegermächte gestaltete. Hendersons Erklärungen sind durch ihre ungewöhnlich scharf formulierte Forderung der Erfüllung der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge und des Völkerbundesvertrages das Ereignis des Tages.

Henderson gedachte eingangs der seit der letzten Völkerbundversammlung verstorbenen Staatsmänner Balfour, Stresemann und Raussen. Bei der letzten Ausführungen Dr. Stresemanns in der vorigen Septemberversammlung gehört habe, habe sich davon überzeugen können, daß sich dieser große Führer für die Sache der Völkerverständnis in hohem Maße eingesetzt habe. Stresemann sei es zu danken, daß heute alle deutschen Gebiete von der militärischen Besetzung frei seien. Henderson sagte dann zur Abrüstungsfrage, nach der Auffassung der englischen Regierung seien Sicherheit und Abrüstung eng verbunden.

Nichts könne die Völker stärker vor dem Ausbruch eines neuen Krieges schützen, als ein allgemeines Abrüstungsabkommen. Die Sicherheit sei unbedenklich, solange das gegenwärtige Welttrüben andauere. Das englische Volk sei sich darüber einig, die Maschinen des Völkerbundes in der Sicherheitsfrage nur dann weiter auszubauen, wenn die Abrüstung aufhöre, eine leere Phrase zu sein und endlich Wirklichkeit werde. Auf diesem Grundsatze werde die künftige englische Politik aufgebaut sein.

Die Schöpfer des Völkerbundes hätten niemals an eine internationale Zusammenarbeit geglaubt, wenn die nationalen Kämpfe bestehen blieben. Deshalb sei in Artikel 8 des Völkerbundesvertrages die Verpflichtung zu einer allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der nationalen Rüstungen aufgenommen worden. Schon seit Jahre werde die Abrüstungsfrage ohne Fortschritt

behandelt. Jetzt sei der Augenblick gekommen, endlich zu handeln.

Die Abrüstungsbestimmungen des Völkerbundesvertrages bildeten einen Teil der Friedensverträge. Jede Regierung sei durch diese Verpflichtungen gebunden. In den Verhandlungen im Jahre 1919 sei diese Verpflichtung ausdrücklich wieder festgelegt und von neuem in der Schlussakte des Locarno-Vertrages bestätigt worden. Vor zwei Jahren habe die Völkerbundversammlung feierlich festgestellt, daß der gegenwärtige Stand der Sicherheit den Abschluß eines allgemeinen Abrüstungsabkommens erlaube. Die Londoner Flottenkonferenz sei ein Erfolg. England habe sich verpflichtet, die Schlachtschiffe um 25 Prozent zu vermindern und bis 1936 neue Schlachtschiffe nicht zu bauen. England hoffe, daß beim Zusammentritt der Weltabrüstungskonferenz weitere wesentliche Herabsetzungen der englischen Seestreitkräfte erreicht sein würden. Die Herabsetzung der Rüstungen einzelner Mächte sei keine Erfüllung der internationalen Abrüstungsverpflichtungen.

Nur wenn ein allgemeines Abrüstungsabkommen für die Land-, See- und Luftstreitkräfte abgeschlossen sei, könnten die Friedensverträge und der Völkerbundesvertrag als erfüllt angesehen werden. England erwarte, daß der Abrüstungsausschuß endlich zu einem praktischen Ergebnis gelangen werde, daß die Regierungen ihren Vertretern Anweisungen geben würden, die einen Erfolg der Abrüstungsverhandlungen sicherten. England erwarte ferner die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz zum Jahre 1931.

Die Regierungen hätten die Pflicht, den nächsten Krieg unmöglich zu machen, der noch schrecklicher sein würde als der letzte. Die englische Regierung rufe deshalb alle in Genf vertretenen Regierungen auf, ihre Kräfte gemeinsam zur Erreichung dieses Zweckes einzusetzen, für das der Völkerbund geschaffen worden sei.

Die Erklärungen Hendersons, insbesondere die Feststellung, daß die Abrüstung eine verbindende Verpflichtung der Friedensverträge darstelle, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Wirkung der Rede war weit stärker als die der Vornachmittagsrede Briands.

## Der Eindruck der Rede in deutschen Völkerbundskreisen

Genf, 12. September. Reichsaussenminister Dr. Curtius wird am Montag oder Dienstag nächster Woche vor der Völkerbundversammlung die übliche große Rede halten, in der er dem englischen Außenminister für die dem Andenken Dr. Stresemanns gewidmeten Worte danken wird. Auf deutscher Seite wird mit Befriedigung die Stellung Hendersons hervorgehoben, daß das Befehlsrecht für Siegerstaaten mit der Abrüstung endgültig erloschen sei. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Rede des englischen Außenministers unmittelbar an die 1928 auf der Völkerbundversammlung vom damaligen Reichsminister Müller gemachten Ausführungen über die Abrüstungspflichten des Völkerbundes anknüpft. Entscheidende Bedeutung legt man der Tatsache bei, daß Henderson ausdrücklich die Annahme von Schiedsvergleichsverträgen durch England von der Regelung der Abrüstungsfrage abhängig gemacht hat.

### Deutschland rückt die Minderheitenfrage auf.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat beim Präsidium der Völkerbundversammlung den Antrag gestellt den Abschnitt des Jahresberichtes des Völkerbundes über die Minderheitenfrage dem politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung zu überweisen. Die deutsche Regierung hat damit die Initiative in der Minderheitenfrage ergriffen. Der deutsche Antrag war notwendig, da das Völkerbundssekretariat die Minderheitenfrage nicht auf die Tagesordnung der diesjährigen Völkerbundversammlung gesetzt hatte und somit ohne den deutschen Antrag die Minderheitenfrage während des Septembers überhaupt nicht zur Sprache gekommen wäre.

## Diétrich über die Bedeutung der Neuwahlen für die zukünftige Finanzpolitik

Berlin, 11. September. Reichsfinanzminister Diétrich sprach am Donnerstag über die Bedeutung der Neuwahlen für die zukünftige Finanzpolitik des Reiches. Der Minister wies zunächst die Gerüchte als aus der Luft gegriffen zurück, wonach die deutsche Regierung eine 2 1/2 Milliarden-Anleihe bei Frankreich aufnehmen wolle. Ebenso unfähig sei ein anderes Gerücht, das davon wissen will, daß das Reich demnächst nicht mehr in der Lage sein werde, die Beamtengehälter zu zahlen. Er könne demgegenüber nur an seine kürzliche Erklärung erinnern, daß die Kassenlage des Reiches für die nächsten vier Monate völlig gesichert sei.